

Brief des Ministers der Justiz an den Generalstaatsanwalt der DDR

Lieber Genosse Generalstaatsanwalt!

Mit dem 30. April haben die Wahlen zu den Schöffen der Bezirks- und Kreisgerichte ihren Abschluß gefunden.

Der erfolgreiche Verlauf der Schöffenwahlen veranlaßt mich, Ihnen, Genosse Generalstaatsanwalt, den Dank für die umfangreiche und jederzeit bereite Hilfe auszusprechen, die die Staatsanwälte in allen Kreisen und Bezirken den Gerichten geleistet haben. Die Staatsanwälte haben Versammlungen geleitet, Referate gehalten, in den Kreis- und Wahlausschüssen verantwortlich mitgearbeitet und überall da, wo es Not tat, auch materiell geholfen.

Mit meinem Dank verbinde ich den Ausdruck der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit bei der Schöffenwahl die enge Verbundenheit der Richter und Staatsanwälte auch für die Zukunft noch weiter gefestigt hat.

Ich bitte Sie, Genosse Generalstaatsanwalt, diesen meinen Dank und den aller Mitarbeiter der Gerichtsorgane den Staatsanwälten der Deutschen Demokratischen Republik zu übermitteln.

Mit sozialistischem Gruß!

gez. Dr. Hilde Benjamin

Werktätige verlangen wirksamen Schutz unseres Staates

Am 12. April 1955 nahm der Ministerrat der DDR zu den von den amerikanischen Kriegstreibern und ihren Spionageagenturen organisierten verbrecherischen Anschlägen und Umtrieben Stellung und veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt, daß die Regierung alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen wird, um die Errungenschaften der Arbeiter und Bauern und der Intelligenz sowie das Leben, die Gesundheit und das Eigentum der Bevölkerung vor dem verbrecherischen Treiben der imperialistischen Agenturen zu schützen.

Aus den vielen Zuschriften der Werktätigen volkseigener Betriebe, der Mitarbeiter der Verwaltungen in den Kreisen und Bezirken, der Teilnehmer von Delegiertenkonferenzen der SED und der FDJ, Frauen und Mütter von DFD-Ortsgruppen und Hausgemeinschaften an den Minister der Justiz veröffentlichen wir an dieser Stelle einige Auszüge.

Die Redaktion

I

Durch die große Zahl der Verhaftungen von Agenten ist (bewiesen, daß die Westmächte ihre Spionage und Diversionstätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik verstärken. Das ist eine der Folgen der Ratifizierung der Pariser Kriegsverträge.

Um die Errungenschaften der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz vor den verbrecherischen Anschlägen zu schützen, ist es erforderlich, alle Sicherungsmaßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit ganzer Kraft zu unterstützen.

Wir verpflichten uns, mehr als bisher uns gegenseitig zur Wachsamkeit zu erziehen, damit bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik kein Agent Fuß fassen kann.

Das Kollegium der Rechtsanwälte im Bezirk Suhl

II

Mit Abscheu nimmt die Belegschaft Kenntnis von der weiteren verbrecherischen Tätigkeit der im amerikanischen Sold stehenden Volksschädlinge. In einer Zeit, in der sich die gesamte friedliebende Menschheit der ganzen Welt für eine Entspannung der politischen Lage einsetzt, sind diese Verbrecher dabei, den friedlichen Aufbau nicht nur unserer Heimat, sondern auch in den volksdemokratischen Ländern zu gefährden. Wir verpflichten uns, die Wachsamkeit so zu erhöhen, daß es Verbrechern unmöglich ist, sich Zugang in den Betrieb zu verschaffen.

Wir erwarten, daß die in die Hände unserer Sicherheitsorgane gefallenen Verbrecher die höchsten zulässigen Strafen erhalten, damit ein abschreckendes Beispiel geschaffen wird.

Die Werktätigen des VEB Sächsische Union-Brauerei, Zwickau

III

Wir können es nicht zulassen, daß unsere friedliche Aufbauarbeit von Verbrechern gestört wird, und verlangen von unseren Staatsorganen die härteste Bestrafung der festgenom-

menen Agenten, damit diesen Friedensstörern ein für allemal die Lust vergeht, die Erfolge unseres Arbeiter- und Bauernstaates anzugreifen und zu vernichten.

Die Arbeiter und Angestellten
des VEB Feinmeßzeugfabrik Suhl

Wettbewerb der Staatlichen Notariate

Auf ihrer Arbeitstagung am 3. März 1955 haben die Instrukteure für die Staatlichen Notariate auf den Vorschlag des Koll. Richter von der Justizverwaltungsstelle Erfurt beschlossen, die Mitarbeiter der Staatlichen Notariate zu einem Wettbewerb aufzurufen, der am 1. Mai beginnen und bis zum 30. September 1955 dauern soll. Die Instrukteure haben damit aus der Entschließung des 21. Plenums des ZK der SED und aus der neuen politischen Lage die richtigen Schlußfolgerungen für eine Verbesserung der Arbeit der Staatlichen Notariate gezogen. Trotz aller Unterschiedlichkeit in der Struktur und in den Arbeitsbedingungen können auch hier die Prinzipien des sozialistischen Wettbewerbs — kameradschaftliche Hilfe der Fortgeschrittenen für die Zurückgebliebenen, um einen allgemeinen Aufschwung zu erzielen — zugrunde gelegt werden.

Der Wettbewerb zwischen den Staatlichen Notariaten steht unter der Losung „Macht die Staatlichen Notariate im Jahre 1955 zu einem Instrument für die Wahrung der Rechte und Interessen der Werktätigen!“ Sein Ziel soll die gute Beratung der Werktätigen, die schnelle Gewährung juristischer Hilfe und die Verbesserung der Organisation der Arbeit sein.

Die Instrukteure haben angeregt, folgende Aufgaben zur Grundlage des Wettbewerbs zu machen, deren Bemessung und Bewertung im einzelnen durch ein Rundschreiben des Ministeriums der Justiz festgelegt wurden:

1. Beschleunigung der Verfahren und Verbesserung der Qualität der Entscheidungen.

Hier werden z. B. die Verkürzung des Zeitraumes, der zwischen der Beurkundung eines Vertrages und der Eintragung im Grundbuch liegt, die Übernahme einer Vertretung neben der eigenen Arbeit, die Qualifizierung eines Mitarbeiters und die Durchführung von Schulungen (wie die Schulung der Bürgermeister über Nottestamente, Abwesenheitspflegschaften usw.) je nach der Art der Leistung mit einer entsprechenden Zahl von Pluspunkten bewertet.

Beanstandungen der Arbeit des Notariats durch die Abteilung Kataster, Beschwerden, die die Arbeit des Notariats betreffen, und Rückstände in der Arbeit werden dagegen je nach dem Grad der Beanstandung mit Minuspunkten bewertet.

2. Beratung der Werktätigen und Popularisierung des Notariats. Hierzu zählen: Einrichtung neuer Sprechtage sowie neuer Sprechstunden in volkseigenen Betrieben, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften usw., Referate in Justizveranstaltungen und Mitarbeit in der Presse.

3. Verbesserung der Organisation der Arbeit.

4. Verminderung der am Stichtag bestehenden Kostenrückstände gegenüber den Einnahmen.

Die Steigerung der Einnahmen und des Geschäftsanfalls ist dagegen nicht zum Gegenstand des Wettbewerbs gemacht worden, denn diese beiden Punkte sind nicht allein von der Tätigkeit des Notars abhängig. Ein qualitativ schlecht arbeitendes Notariat kann bei einigen Geschäften mit hohem Geschäftswert alle anderen Notariate überholen und dann möglicherweise als Sieger des Wettbewerbs hervorgehen, ohne daß dies gerechtfertigt wäre.

Besonders bemerkenswert ist, daß die Vernachlässigung von Aufgaben, die nicht in den Wettbewerb mit einbezogen wurden, mit Minuspunkten bewertet wird. Dadurch wird insbesondere verhütet, daß die Notare sich nur auf den Wettbewerb konzentrieren und darüber u. U. das Studium vernachlässigen.

Die von den Instrukteuren vorgeschlagenen Punkte sind natürlich nicht erschöpfend. Sie sollen in den Bezirken geprüft und entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen der einzelnen Bezirke ergänzt oder abgeändert werden. Jede Änderung der als Rahmen gedachten Vorschläge auf der Instrukteur-Arbeitstagung muß jedoch dem Ziel des Wettbewerbs dienen.

Zur Auswertung des Wettbewerbs sollen in den Bezirken Kommissionen gebildet werden, die aus einem Mitarbeiter der Justizverwaltungsstelle, zwei Notaren und einer Stenotypistin bestehen. Die Bildung einer zentralen Wettbewerbskommission ist deshalb nicht vorgesehen, weil die Entwicklung der Notariate in den Bezirken unterschiedlich ist. Die Kommissionen sollen monatlich eine Auswertung vornehmen und die Ergebnisse in Arbeitstagungen behandeln. Wird dabei festgestellt, daß das Punktsystem Mängel aufweist, dann sollten sich die Kommissionen nicht scheuen, für die kommenden Monate die Punkte neu festzulegen.

Wenn alle Notare mit Begeisterung an den Wettbewerb gehen, dann wird er zweifellos zu einem allgemeinen Aufschwung in der gesamten Arbeit der Staatlichen Notariate führen.

Kollektiv der Instrukteure für die Staatlichen Notariate